

## Wir heißen Flüchtlinge willkommen!

München ist eine tolerante Weltstadt mit Herz. Knapp 40 % der Münchnerinnen und Münchner haben Migrationshintergrund, die Stadt lebt von Zuzug und entfaltet so ihre besondere Dynamik.

Die anhaltenden gewaltsamen Konflikte in Afghanistan, Syrien und anderen Ländern haben in den letzten Monaten zu einer rasch wachsenden humanitären Krise geführt. Zahlreiche Menschen sind gezwungen, ihre Heimatländer zu verlassen und sich auf einen schwierigen, ungewissen Weg in andere Länder zu machen. Ein großer Teil der Flüchtlinge wurde Opfer von Gewalttaten und hat Familienangehörige, Freunde oder Nachbarn verloren. Diese Menschen sind dringend auf unsere Hilfe angewiesen.

Wir, die Mitglieder des BA19 stehen uneingeschränkt hinter der Aufnahme von Flüchtlingen. Wir unterstützen die Stadtspitze in ihrem Kurs, sich gemeinsam der Verantwortung zu stellen, Flüchtlingen und Asylsuchenden eine sichere Unterbringung zu ermöglichen. Zivilgesellschaftliches Engagement von Bezirksausschüssen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereinen, Institutionen und Bürger/innen, die für Solidarität und die vielfältige Unterstützung der Flüchtlingsfamilien sorgen wollen, ist weiterhin nachhaltig zu unterstützen.

Rassistischen und menschenverachtenden Einstellungen treten wir entschieden entgegen. Sie widersprechen den christlich-humanistischen geprägten Werten unserer Gesellschaft, unserem Grundgesetz und bereiten den Boden für Rechtsextreme.. Hass gegen Flüchtlinge und pauschale Vorurteile sind gefährlich, ungehemmte Äußerungen findet zwangsläufig menschenverachtende und gewalttätige Ausdrucksformen.

Wo es Ängste oder Befürchtungen gibt, werden diese, wie in unseren BA (24/19) seit drei Jahrzehnten praktiziert, im Dialog zwischen Politik, Bürgern und Verwaltung behandelt. Der BA 19 bildet dazu eine Arbeitsgruppe. Zugleich muss klar sein: Menschenwürde und Respekt voreinander sind nicht verhandelbar.

Unerlässlich ist die Änderung der bayrischen Flüchtlingspolitik. Wir bitten den Oberbürgermeister sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass die bay. Staatsregierung und die Regierung von Oberbayern ihrer Pflicht nach kommen und eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge gewährleisten.